



<https://biasyl-regensburg.de/>

Email: bi.asyl@yahoo.com

Rede - Manuskript Demo/Kundgebung 20.06. 2023

Das Recht auf Asyl ist unverhandelbar - Stoppt die GEAS-Reform!

„Die Grenzen in Europa waren nie brutaler“ betitelt die MZ am 21. Nov 22 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden von Sea-Eye. Nach dem Beschluss der EU Innenminister vom 8.6. soll das noch brutaler werden: ein Horror, ein menschenrechtlicher Dammbbruch, Grundpfeiler des Rechtsstaates würden über Bord geworfen werden, der Koalitionsvertrag der Ampelregierung konterkariert und Forderungen von AFD, CDU und CSU Realität. Daß IMin Faeser dem zugestimmt hat, ist entsetzlich und empörend!

Weltweit hat sich die Zahl der Geflüchteten seit 2013 verdoppelt auf jetzt 110 Millionen. Um sich vom mit verursachten Elend abzuschotten, geben EU und Deutschland Milliarden aus. Kaum bekannt ist, dass Deutschland bis zum Sommer 2021 so wenig Geflüchtete aufgenommen hat wie zuletzt 2012. Jetzt sind es wieder deutlich mehr, aber bei weitem nicht so viele wie uns täglich suggeriert wird. Zahlen und Fakten findet Ihr bei Pro Asyl. (<https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/>)

Dass nun wieder mehr kommen, ist wenig überraschend. Alles andere und nun der GEAS Beschluss und die Pläne Bundesregierung bedeuten noch mehr Verzweifelte in den Wäldern und Grenzcamps, noch mehr push backs, noch mehr Ertrunkene. Durch die schreckliche Tragödie 90 km vor der griechischen Küste letzte Woche sind zu den 26 000, die seit 2014 wegen der EU-Politik im Mittelmeer ertrunkenen sind, hunderte Frauen, Kinder, Männer hinzugekommen. Bitte gedenkt ihrer und ihren Angehörigen...

Mit dieser Kundgebung reihen wir uns ein in den Protest von vielen: Vor dem EU Beschluss haben **50 Organisationen** (u.a. Wohlfahrtsverbände, Kirchen) davor gewarnt und **über 800 Rechtsanwält*innen appelliert** „Den Schutz für Geflüchtete nicht abzuschaffen“ und „Grundpfeiler des Rechtsstaates nicht über Bord zu werfen...“

Anträge gegen die Pläne der Bundesregierung wurden auch auf den bayerischen Landesparteitagen von Bü90/Grüne und SPD im Mai beschlossen.

Aber Innenministerin Faeser und die Bundesregierung haben sich über all das hinweg gesetzt und dem „Ausverkauf der Menschenrechte“ zugestimmt. (Pro Asyl). Sie sind bereit,

Grundpfeiler eines Rechtsstaates über Bord zu werfen und ihre eigene Koalitionsvereinbarung zu missachten.

Außer Protesten vieler Menschenrechtsgruppen und auch dem Deutscher Anwaltsverein - einiges liegt am Infotisch aus und ist auf unsere homepage veröffentlicht - hat das auch viele aus SPD und Bü90/Grüne vor den Kopf gestoßen. Der Offene Brief von über 700 Mitgliedern von Bü90/Grüne, der Austritt aus der SPD von Frau Andrea Ypsilanti und eine Erklärung der SPD BundesAG Migration und Vielfalt sind öffentliche Zeichen dessen.

Der aus München vor kurzem initiierten **Kampagne „Offen bleibt“**, u.a. von AGABY, BFR, Seebrücke, Solwodi, VETO ... (<https://offen-bleiben-muenchen.de/>) haben sich bereits über 100 Gruppen und 160 Einzelpersonen angeschlossen. Am 16. Juli wird dazu in München eine große Demo stattfinden.

In Regensburg lehnt auch der Integrationsbeirat die Änderungen ab. In der PM schließt sich der Integrationsbeirat AGABY an, unterstützt die Kampagne „Offen bleibt“ und verweist auf die Stellungnahmen der 50 Organisationen und über 800 Anwält*innen.

Und wir alle protestieren hier erneut sehr entschieden und empört!

So entsetzlich die Zustimmung von IMin Faeser zur GEAS-Reform ist und das gar noch als Erfolg zu werten, so zynisch sind Verlautbarungen, die Bundesregierung setze sich für eine humanere Flüchtlingspolitik ein und wolle, dass Familien von den Haftzentren und Asylprüfungen an den EU Außengrenzen ausgenommen werden,

Nein, dieser EU Beschluss und die Pläne der Bundesregierung sind als solches zutiefst inhuman, ein menschenrechtlicher Dambruch! Sie bedeuten - ich wiederhole mich - noch mehr Verzweifelte in den Wäldern und Grenzcamp, noch mehr push backs, noch mehr Ertrunkene ... **Ausverkauf der Menschenrechte, weitgehende Abschaffung des Flüchtlingsschutzes, Grundpfeiler des Rechtsstaates werden über Bord geworfen!** Faire Asylverfahren sind schon hierzulande häufig nicht gewährleistet. Aus Haftanstalten an den EU Außengrenzen ist das völlig ausgeschlossen.

**Das darf die Bundesregierung nicht unterstützen! Das EU Parlament muss das ablehnen!
Stoppt die GEAS-Reform!**